

BAUMALLIANZ



AUGSBURG E.V.

### Pressemitteilung 23. Oktober 2018

Die Baum-Allianz Augsburg e.V. stellt fest, dass die Verantwortlichen der Stadt in der gestrigen Bürgerinformationsveranstaltung folgende Punkte zugestehen mussten:

- Es gibt keinerlei Basis für die anfängliche Behauptung „Gefahr in Verzug“.
- Es gibt keine „Hochwassergefahr“ am Herrenbach, wie uns Herr Merkle gestern versicherte.
- Es bedarf keiner drei Stunden, um den Wasserstand des Herrenbachs herunterzuregulieren (wie von Herrn Erben im Mai 2018 behauptet). Es dauert nur noch eine halbe Stunde um den Wasserstand zu senken (aktuelle Aussage von Herrn Haller gestern Abend).
- Eine Fällung von 96 Bäumen ist entgegen des ursprünglichen Szenarios nicht erforderlich.

Damit wird deutlich, dass die bisherige Argumentation der Stadt unglaublich ist.

Der jetzige Umschwung in der Planung der Stadt war nur möglich, weil sich die Bürger und Anwohner am Herrenbach massiv gegen die Fällungen gestellt haben.

Die Stadt besteht aber immer noch darauf, dass eine mögliche Gefahr von Überschwemmungen nur durch das Fällen von Bäumen verhindert werden kann. Das gestern vorgestellte Gutachten folgt genau dieser einseitigen Vorgabe. Ein ernsthaftes Verfolgen alternativer Herangehensweisen sind uns die Verantwortlichen nach wie vor schuldig geblieben.

So wird z.B. ein modernes Kanalregulierungs-Management – in Verbindung mit der Ertüchtigung der Schütze auf den neuesten Stand der Technik – nach wie vor verweigert.

Die gesamte Entwicklung zeigt, dass die grundlegende Herangehensweise der Stadt weiterhin angezweifelt werden muss. So liegt seit einiger Zeit eine juristische Stellungnahme der renommierten Anwaltskanzlei Labbé & Partner vor, auf die die Stadt bisher in keiner Weise eingegangen ist. Aus diesem Schriftsatz ist eindeutig ersichtlich, dass dem bisherigen Vorgehen der Stadt jegliche Rechtsgrundlage fehlt.

Die Baum-Allianz Augsburg e.V. fordert daher ein **Moratorium**, während dessen kein weiterer Baum gefällt werden darf. In dieser Zeit müssen bisher verweigerter Lösungsmöglichkeiten (Kanalsanierung, -regulierung) überprüft werden, die nicht nur dem einseitigen „Bäume weg“-Mantra folgen. Gerne nehmen wir das Angebot der Stadt an, eine weitere Bürgerversammlung zur eingehenden Diskussion des Detter-Gutachtens zu veranstalten.